

22.04.10

U - Wi

Verordnung
des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Verordnung zur Änderung des Londoner Protokolls von 1996 und des OSPAR-Übereinkommens von 1992**A. Problem und Ziel**

Das Protokoll vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresumweltverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 (Londoner Protokoll; BGBl. 1998 II S. 1345) und das Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks („OSPAR-Übereinkommen“, Paris 1992; BGBl. 1994 II S. 1355, 1360) verbieten beide in ihrer derzeit gültigen Fassung, dass Abfälle ins Anwendungsgebiet des Protokolls beziehungsweise des Übereinkommens eingebracht werden, die nicht durch im Protokoll beziehungsweise Übereinkommen aufgelistete Ausnahmen abgedeckt sind. Kohlendioxidströme aus industriellen Prozessen gehören nicht zu diesen Ausnahmen.

Mit der Änderung des Londoner Protokolls wie auch des OSPAR-Übereinkommens soll ermöglicht werden, CO₂ dauerhaft (über Jahrtausende) in geologischen Schichten des Meeresuntergrunds zu speichern, zum Beispiel in ausgeförderten Öl- oder Gaslagerstätten oder salinen Aquiferen.

Diese Änderungen ermöglichen Maßnahmen, die zur Abschwächung der Klimaänderung beitragen und der Versauerung der Meere entgegenwirken.

B. Lösung

Durch Erlass der vorliegenden Verordnung wird den folgenden Änderungen zugestimmt:

1. den von den Vertragsparteien des Londoner Protokolls am 2. November 2006 beschlossenen Änderungen der Anlage 1 des Protokolls;
2. den von den Vertragsparteien des OSPAR-Übereinkommens am 29. Juni 2007 beschlossenen Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Durch die Verordnung selbst entstehen keine Kosten. Mit der Verordnung werden lediglich Ausnahmeregelungen geschaffen. Kosten können generell erst dann entstehen, wenn die Wirtschaft von den neu geschaffenen Ausnahmeregelungen Gebrauch macht (vgl. die 4. OSPAR-Verordnung, die sich im parallelen Verordnungsverfahren befindet).

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufgaben

Bund, Länder und Gemeinden werden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

2. Vollzugsaufwand

Vollzugsaufwand im Rahmen anwendbarer rechtlicher Regelungen entsteht erst, wenn die Wirtschaft die neu geschaffenen Ausnahmemöglichkeiten nutzt.

E. Sonstige Kosten

Der Wirtschaft, insbesondere mittelständischen Unternehmen, entstehen durch diese Verordnung keine unmittelbaren Kosten. Da die Verordnung lediglich die Möglichkeit zur dauerhaften Speicherung von CO₂ in geologischen Schichten des Meeresuntergrunds eröffnet, werden damit verbundene (Investitions-)Kosten erst dann entstehen, wenn sich das Verfahren als eine wirtschaftliche Klimaschutzoption für die Wirtschaft darstellt.

Durch die Verordnung entstehen keine unmittelbaren Auswirkungen auf Einzelpreise von Waren und Dienstleistungen in Industrie- und Energiesektoren mit intensiven Kohlendioxidemissionen. Gegebenfalls werden Preissteigerungen, die sich aus den generellen Klimaschutzauflagen ergeben können, durch die Eröffnung einer wirtschaftlichen Klimaschutzoption und einem im Ergebnis kosteneffizienten Klimaschutz abgemildert. Unmittelbare Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau treten nicht ein.

F. Bürokratiekosten

Informationspflichten in Form von Berichtspflichten mit daraus entstehenden Bürokratiekosten ergeben sich aus Artikel 9 des Londoner Protokolls und aus Artikel 22 des OSPAR-Übereinkommens. In nennenswertem Umfang entstehen sie jedoch erst, wenn die neu geschaffenen Ausnahmeregelungen in Anspruch genommen werden.

Berichtspflichten entstehen für

- a) die Wirtschaft ausschließlich bei Inanspruchnahme der Ausnahmeregelungen; in diesem Fall sind die einschlägigen Regelungen der 4. OSPAR-Verordnung maßgeblich;
- b) die Verwaltung bei Inanspruchnahme der Ausnahmeregelungen durch die Wirtschaft, aber auch bei Nichtinanspruchnahme (Nullmeldung).

Für Bürgerinnen und Bürger entstehen keine Informationspflichten und somit auch keine Bürokratiekosten.

G. Gender-Mainstreaming

Die Verordnung hat keine Gleichstellungsrelevanz, da lediglich Ausnahmen zu abfallbezogenen Bestimmungen der beiden Übereinkommen definiert werden, die keinen Personenbezug haben.

H. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung

Die Verordnung eröffnet Möglichkeiten, im Sinne der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einen Beitrag im Rahmen der Nachhaltigkeitsindikatoren Klimaschutz und Artenvielfalt zu leisten. Jedoch ist zu beachten, dass die CO₂-Abscheidung und Speicherung eines zusätzlichen Energieaufwands bedarf.

Bundesrat

Drucksache 243/10

22.04.10

U - Wi

Verordnung
des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Verordnung zur Änderung des Londoner Protokolls von 1996 und
des OSPAR-Übereinkommens von 1992

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Berlin, den 21. April 2010

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu erlassende

Verordnung zur Änderung des Londoner Protokolls von 1996 und
des OSPAR-Übereinkommens von 1992

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Ronald Pofalla

**Verordnung zur Änderung des
Londoner Protokolls von 1996
und des
OSPAR-Übereinkommens von 1992**

Vom ...

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes zu dem Protokoll vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 (BGBl. 1998 II S. 1345), der durch Artikel 71 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, sowie auf Grund des Artikels 2 Nummer 1 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. August 1994 zu Internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks (BGBl. 1994 II S. 1355), der durch Artikel 67 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Artikel 1

(1) Folgenden Übereinkünften wird zugestimmt:

1. der Entschließung LP.1(1) – Änderung zur Einbeziehung der CO₂-Sequestrierung in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds in die Anlage 1 zum Londoner Protokoll, wie sie die Vertragsparteien des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 am 2. November 2006 angenommen haben;
2. den Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens hinsichtlich der Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen, wie sie die Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks am 29. Juni 2007 angenommen haben.

(2) Die Änderung der Anlage 1 des Londoner Protokolls und die Änderungen der Anlagen II und III des OSPAR-Übereinkommens werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Am selben Tag tritt die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 genannte Entschließung der Vertragsparteien des Londoner Protokolls in Kraft. Der Tag, an dem die in Nummer 2 genannten Vereinbarungen der Vertragsparteien des OSPAR-Übereinkommens in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 2010

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Dr. Norbert Röttgen

Entschlieung LP.1(1)
**Änderung zur Einbeziehung der CO₂-Sequestrierung in geologischen Formationen
des Meeresuntergrunds in die Anlage 1 zum Londoner Protokoll**

(Angenommen am 2. November 2006)

Resolution LP.1(1)
**On the Amendment to include CO₂ Sequestration in Sub-seabed Geological Formations in
Annex 1 to the London Protocol**

(Adopted on 2 November 2006)

Résolution LP.1(1)
**Sur l'amendement visant à faire mention de la séquestration du CO₂ dans les formations géo-
logiques du sous-sol marin dans l'Annexe 1 du Protocole de Londres**

(adoptée le 2 novembre 2006)

(Übersetzung)

The First Meeting of Contracting Parties to the 1996 Protocol to the London Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and other Matter 1972,

La Première réunion des Parties Contractantes au Protocole de 1996 à la Convention de Londres de 1972 sur la prévention de la pollution des mers résultant de l'immersion de déchets,

Die Erste Sitzung der Vertragsparteien des Protokolls von 1996 zum Londoner Übereinkommen ber die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 –

Recalling the objectives of the 1996 Protocol to the London Convention ("London Protocol") that include the protection and preservation of the marine environment from all sources of pollution;

Rappelant les objectifs du Protocole de 1996 à la Convention de Londres (« Protocole de Londres »), qui comprennent la protection et la préservation du milieu marin de toutes les sources de pollution,

eingedenk der Zielsetzungen des Protokolls von 1996 zum Londoner Übereinkommen („Londoner Protokoll“), welche die Erhaltung der Meeresumwelt sowie ihren Schutz vor allen Ursachen der Verschmutzung umfassen;

Being seriously concerned by the implications for the marine environment of climate change and ocean acidification due to elevated concentrations of carbon dioxide in the atmosphere;

Gravement proccupe par les répercussions sur le milieu marin du changement climatique et de l'acidification des ocans, dus aux fortes concentrations de dioxyde de carbone dans l'atmosphre,

ernstlich besorgt über die Auswirkungen der Klimaänderungen und der Versauerung des Meeres aufgrund erhöhter Kohlendioxid-Konzentrationen in der Atmosphre auf die Meeresumwelt;

Emphasizing the need to further develop low carbon forms of energy;

Soulignant la nécessité de développer plus avant les sources d'énergie à faible émission de carbone,

unter Betonung der Notwendigkeit der Weiterentwicklung kohlenstoffarmer Energieformen;

Considering that carbon dioxide capture and sequestration is one of a portfolio of options to reduce levels of atmospheric carbon dioxide;

Considérant que le captage et la séquestration du dioxyde de carbone constituent l'une des diverses options permettant de réduire les niveaux de dioxyde de carbone dans l'atmosphre,

unter Berücksichtigung dessen, dass die Abscheidung und Sequestrierung von Kohlendioxid eine aus einer ganzen Reihe von Möglichkeiten zur Verminderung des Kohlendioxidgehalts der Atmosphre ist,

Recognizing that carbon dioxide capture and sequestration represents an important interim solution;

Reconnaissant que le captage et la séquestration du dioxyde de carbone représentent une solution provisoire importante,

in der Erkenntnis, dass die Abscheidung und Sequestrierung von Kohlendioxid eine wichtige bergangslsung darstellt;

Recognizing also that carbon dioxide capture and sequestration should not be considered as a substitute to other measures to reduce carbon dioxide emissions;

Noting that regulating such action is within the scope of the London Protocol;

Noting also that, since the adoption of the London Protocol, developments in technology have made it possible to capture carbon dioxide from industrial and energy-related sources, transport it and inject it into sub-seabed geological formations for long-term isolation from the atmosphere;

Noting further that this resolution is restricted solely to carbon dioxide sequestration in sub-seabed geological formations;

Welcoming the work of the Consultative Meetings' Intersessional Legal and Related Issues Working Group on CO₂ Sequestration and its conclusions, as set out in its report LC/CM CO₂ 1/5;

Welcoming also the work of the Scientific Group's Intersessional Technical Working Group on CO₂ Sequestration and its conclusions, as set out in its report LC/SG-CO₂ 1/7;

Welcoming further the work of the Intergovernmental Panel on Climate Change and in particular its Special Report on Carbon [Dioxide]* Capture and Storage;

Desiring to regulate the sequestration of captured carbon dioxide streams into sub seabed geological formations to seek to ensure protection of the marine environment;

Desiring also, to update the London Protocol in light of these objectives;

Reconnaissant également que le captage et la séquestration du dioxyde de carbone ne devraient pas être considérés comme susceptibles de remplacer d'autres mesures permettant de réduire les émissions de dioxyde de carbone,

Notant que la réglementation de ces mesures relève du champ d'application du Protocole de Londres,

Notant également que, depuis l'adoption du Protocole de Londres, il est devenu possible, grâce aux innovations technologiques, de capturer le dioxyde de carbone provenant de sources industrielles et énergétiques, de le transporter et de l'injecter dans des formations géologiques du sous-sol marin afin de l'isoler durablement de l'atmosphère,

Notant en outre que la présente résolution s'applique exclusivement à la séquestration du dioxyde de carbone dans les formations géologiques du sous-sol marin,

Se félicitant des travaux du Groupe de travail intersessions de la Réunion consultative (aspects juridiques et questions connexes) sur la séquestration du CO₂, ainsi que de ses conclusions, telles qu'elles figurent dans le rapport LC/CM-CO₂ 1/5,

Se félicitant également des travaux du Groupe de travail technique intersessions du Groupe scientifique sur la séquestration du CO₂, ainsi que de ses conclusions, telles qu'elles figurent dans le rapport LC/SG-CO₂ 1/7,

Se félicitant en outre des travaux du Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat, en particulier de son rapport spécial sur le captage et le stockage du dioxyde de carbone,

Désireuse de réglementer la séquestration des flux de dioxyde de carbone captés dans les formations géologiques du sous-sol marin afin d'assurer la protection du milieu marin,

Désireuse également d'actualiser le Protocole de Londres compte tenu de ces objectifs,

ferner in der Erkenntnis, dass die Abscheidung und Sequestrierung von Kohlendioxid nicht als Ersatz für andere Maßnahmen zur Verminderung von Kohlendioxid-Emissionen anzusehen ist;

in Anbetracht dessen, dass die Regelung einer solchen Maßnahme in den Geltungsbereich des Londoner Protokolls fällt;

ebenso in Anbetracht dessen, dass Fortschritte in der technischen Entwicklung seit der Annahme des Londoner Protokolls es ermöglicht haben, Kohlendioxid aus Industriequellen und energiebezogenen Quellen abzuscheiden, zu transportieren und in geologische Formationen des Meeresuntergrunds einzuspeichern, um es langfristig von der Atmosphäre fernzuhalten;

ferner in Anbetracht dessen, dass sich diese Entschließung ausschließlich auf die Sequestrierung von Kohlendioxid in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds bezieht;

erfreut über die Arbeit der vom Konsultativtreffen eingerichteten Intersessionalen Arbeitsgruppe zu rechtlichen Aspekten und damit zusammenhängenden Fragen der CO₂-Sequestrierung und deren Schlussfolgerungen, die in ihrem Bericht LC/CM CO₂ 1/5 dargelegt sind;

ebenfalls erfreut über die Arbeit der bei der Wissenschaftlichen Gruppe eingerichteten Intersessionalen technischen Arbeitsgruppe zur CO₂-Sequestrierung und deren Schlussfolgerungen, die in ihrem Bericht LC/SG-CO₂ 1/7 dargelegt sind;

ferner erfreut über die Arbeit der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe für Klimaänderungen (IPCC) und insbesondere über deren Sonderbericht zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid;

in dem Wunsch, die Sequestrierung abgeschiedener Kohlendioxidströme in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds zu regeln, um so zu versuchen, den Schutz der Meeresumwelt zu gewährleisten;

ebenfalls in dem Wunsch, das Londoner Protokoll in Anbetracht dieser Zielsetzungen zu aktualisieren;

* Redaktionelle Einfügung in dieser Verordnung aufgrund des tatsächlichen Titels.

Stressing that this amendment may not be interpreted as legitimizing the disposal of any other waste or other matter for the purpose of disposing of those other wastes or other matter;

Recognizing that guidance informing Parties on the means by which sub-seabed geological sequestration of carbon dioxide can be conducted in a manner that is safe for the marine environment, over the long and short term, should be developed as soon as possible, and will, when finalized form an important part of the regulation of sub-seabed geological sequestration of carbon dioxide.

1 Adopts the following amendment to Annex 1 to the London Protocol, in accordance with Article 22 of the Protocol, as set out in the Annex to this resolution;

2 Requests the Scientific Group of the London Protocol to develop specific guidance on the application of Annex 2 to the Protocol to carbon dioxide sequestration in sub-seabed geological formations for consideration, with a view to adopting it, at the 2nd Meeting of Contracting Parties, and to collaborate with the Scientific Group of the London Convention; and

3 Invites Parties that issue permits to use, until specific guidance is completed, the best available guidance relevant to carbon dioxide sequestration in sub-seabed geological formations to ensure the protection of the marine environment, while also recognizing the requirements of Annex 2 to the London Protocol.

Soulignant que le présent amendement ne peut pas être interprété comme justifiant l'évacuation de tout autre déchet ou de toute autre matière, aux fins de l'évacuation de ces autres déchets ou matières,

Reconnaissant qu'il conviendrait d'élaborer dans les meilleurs délais des directives visant à informer les Parties des moyens d'effectuer la séquestration du dioxyde de carbone dans les formations géologiques du sous-sol marin d'une manière qui soit sans danger pour le milieu marin, à court et à long terme, et que, lorsqu'elles seront mises au point, ces directives constitueront un élément important de la réglementation de la séquestration du dioxyde de carbone dans les formations géologiques du sous-sol marin,

1. Adopte, conformément à l'article 22 du Protocole de Londres, l'amendement à l'Annexe 1 du Protocole, dont le texte figure en annexe à la présente résolution;

2. Invite le Groupe scientifique du Protocole de Londres à élaborer des recommandations spécifiques sur l'application de l'Annexe 2 du Protocole à la séquestration du dioxyde de carbone dans les formations géologiques du sous-sol marin, en vue de leur examen et de leur adoption à la deuxième Réunion des Parties contractantes, et à collaborer avec le Groupe scientifique de la Convention de Londres;

3. Invite les Parties qui délivrent les autorisations à suivre, jusqu'à ce que la mise au point des recommandations spécifiques soit achevée, les meilleures directives disponibles en matière de séquestration du dioxyde de carbone dans les formations géologiques du sous-sol marin afin de garantir la protection du milieu marin, tout en tenant compte des prescriptions de l'Annexe 2 du Protocole de Londres.

unter Hinweis darauf, dass diese Änderung nicht als Legitimierung der Beseitigung von anderen Abfällen oder sonstigen Stoffen zum Zweck ihrer Beseitigung auszulegen ist;

in der Erkenntnis, dass eine Anleitung zur Unterrichtung der Vertragsparteien darüber, wie die Sequestrierung von Kohlendioxid in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds auf eine für die Meeresumwelt kurz- und langfristig sichere Weise durchgeführt werden kann, so bald wie möglich ausgearbeitet werden sollte und nach ihrer Fertigstellung einen wichtigen Teil der Regelung der Speicherung von Kohlendioxid in geologischen Formationen darstellen wird –

1. beschließt nach Artikel 22 des Londoner Protokolls die in der Anlage zu dieser Entschließung aufgeführte Änderung der Anlage 1 zu jenem Protokoll,

2. ersucht die im Rahmen des Londoner Protokolls eingerichtete Wissenschaftliche Gruppe, eine spezifische Anleitung zur Anwendung der Anlage 2 zum Londoner Protokoll auf die Sequestrierung von Kohlendioxid in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds auszuarbeiten, damit diese auf der Zweiten Sitzung der Vertragsparteien im Hinblick auf ihre Annahme beraten werden kann, und mit der im Rahmen des Londoner Übereinkommens eingerichteten Wissenschaftlichen Gruppe zusammenzuarbeiten, und

3. fordert die Vertragsparteien, die Erlaubnisse erteilen, auf, sich bis zur Fertigstellung einer spezifischen Anleitung der besten verfügbaren Anleitungen zur Sequestrierung von Kohlendioxid in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds zu bedienen, um den Schutz der Meeresumwelt sicherzustellen, und dabei auch die Anforderungen der Anlage 2 zum Londoner Protokoll zu beachten.

Annex

Amendment to Annex 1 to the London Protocol

1.8 Carbon dioxide streams from carbon dioxide capture processes for sequestration

Annexe

Amendement à l'Annexe 1 du Protocole de Londres

1.8 Flux de dioxyde de carbone provenant des procédés utilisés pour le captage du dioxyde de carbone aux fins de sa séquestration

Anlage

Änderung der Anlage 1 zum Londoner Protokoll

1.8 Kohlendioxidströme aus Verfahren für die Abscheidung von Kohlendioxid zur Sequestrierung

4 Carbon dioxide streams referred to in paragraph 1.8 may only be considered for dumping, if:

.1 disposal is into a sub-seabed geological formation; and

.2 they consist overwhelmingly of carbon dioxide. They may contain incidental associated substances derived from the source material and the capture and sequestration processes used; and

.3 no wastes or other matter are added for the purpose of disposing of those wastes or other matter.

In paragraph 3, replace "1.7" with "1.8", to take account of the new paragraph 1.8.

4 L'immersion des flux de dioxyde de carbone mentionnés au paragraphe 1.8 ne peut être envisagée que si :

.1 ces flux sont évacués dans une formation géologique du sous-sol marin; et

.2 ils sont composés presque exclusivement de dioxyde de carbone. Ils peuvent contenir des substances associées imprévues provenant de la matière d'origine et des processus de captage et de séquestration utilisés; et

.3 aucun déchet ni aucune autre matière n'est ajouté aux fins d'évacuation.

Au paragraphe 3, remplacer « 1.7 » par « 1.8 » afin de tenir compte du nouveau paragraphe 1.8.

4 Für die in Absatz 1.8 genannten Kohlendioxidströme kann ein Einbringen nur dann erwogen werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

.1 Die Beseitigung erfolgt in eine geologische Formation des Meeresuntergrunds.

.2 Sie bestehen zum weitaus überwiegenden Teil aus Kohlendioxid. Sie dürfen zwangsläufige Beimengungen von Stoffen enthalten, die aus dem Ausgangsmaterial sowie aus den für die Abscheidung und die Sequestrierung angewandten Verfahren stammen.

.3 Es werden keine Abfälle oder sonstigen Stoffe hinzugefügt, um diese zu beseitigen.

In Absatz 3 wird „1.7“ durch „1.8“ ersetzt, um den neuen Absatz 1.8 zu berücksichtigen.

Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens hinsichtlich der Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen

Amendments of Annex II and Annex III to the Convention in relation to the Storage of Carbon Dioxide Streams in Geological Formations

Amendements des Annexes II et III à la Convention relatifs au Stockage des flux de dioxyde de carbone dans des structures géologiques

(Übersetzung)

Recalling the general obligations in Article 2 of the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic;

Rappelant les obligations générales de l'Article 2 de la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est ;

Eingedenk der allgemeinen Verpflichtungen in Artikel 2 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks;

Being seriously concerned by the implications for the marine environment of climate change and ocean acidification due to elevated concentrations of carbon dioxide in the atmosphere;

Sérieusement préoccupées par les implications pour le milieu marin des changements climatiques et de l'acidification de l'océan dus aux concentrations élevées de dioxyde de carbone dans l'atmosphère ;

ernstlich besorgt über die Auswirkungen der Klimaänderungen und der Versauerung des Meeres aufgrund erhöhter Kohlendioxid-Konzentrationen in der Atmosphäre auf die Meeresumwelt;

Emphasising the need to further develop renewable and low carbon forms of energy generation and use;

Insistant sur le besoin de poursuivre le développement de la production et de l'utilisation de types d'énergie renouvelable et à faible production de carbone ;

unter Betonung der Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Energieformen;

Recalling that carbon dioxide capture and storage is not a mandatory obligation for the Contracting Parties to the Convention but an option which the individual Contracting Parties can choose to allow the use of;

Rappelant que la capture et le stockage du dioxyde de carbone ne représentent pas un engagement obligatoire de la part des Parties contractantes à la Convention mais une possibilité que les Parties contractantes individuelles peuvent choisir d'utiliser ;

eingedenk dessen, dass die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid für die Vertragsparteien des Übereinkommens keine zwingende Verpflichtung, sondern eine Möglichkeit darstellt, deren Zulassung den einzelnen Vertragsparteien anheimgestellt ist;

Recognising that carbon dioxide capture and storage is one of a portfolio of options to reduce levels of atmospheric carbon dioxide, and that it represents an important interim supplement to measures for the reduction or prevention of carbon dioxide emissions and should not be considered as a substitute for other means to reduce carbon dioxide emissions;

Reconnaissant que la capture et le stockage du dioxyde de carbone constituent une approche, parmi un ensemble d'options destinées à réduire les niveaux de dioxyde de carbone atmosphérique et qu'ils représentent un complément intérimaire important aux mesures de réduction ou de prévention des émissions de dioxyde de carbone et ne doivent pas être envisagés comme un remplacement d'autres moyens destinés à réduire les émissions de dioxyde de carbone ;

in der Erkenntnis, dass die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid eine aus einer ganzen Reihe von Möglichkeiten zur Verminderung des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre ist und dass dies eine wichtige Übergangsmaßnahme zur Ergänzung von Maßnahmen zur Verminderung und Verhütung von Kohlendioxidemissionen darstellt und nicht als Ersatz für andere Mittel zur Verminderung von Kohlendioxidemissionen anzusehen ist;

Noting that, since the adoption of the Convention, developments in technology have made it possible to capture carbon dioxide from industrial and energy-related sources, transport it and inject it into sub-seabed geological formations for long-term isolation from the atmosphere and the sea;

Prenant note du fait que, depuis l'adoption de la Convention, les avancées technologiques rendent désormais possibles la capture du dioxyde de carbone des sources industrielles et relatives à l'énergie, son transport et son injection dans les structures géologiques situées sous le niveau du fond marin pour un isolement à long terme de l'atmosphère et de la mer ;

in Anbetracht dessen, dass Fortschritte in der technischen Entwicklung seit der Annahme des Übereinkommens es ermöglicht haben, Kohlendioxid aus Industriequellen und energiebezogenen Quellen abzuscheiden, zu transportieren und in geologische Formationen des Meeresuntergrunds einzuspeichern, um es langfristig in der Atmosphäre und im Meer fernzuhalten;

Noting also that regulating such activity is within the scope of the Convention;

Prenant note également du fait que la réglementation d'une telle activité relève des compétences de la Convention ;

ebenfalls in Anbetracht dessen, dass die Regelung einer solchen Tätigkeit in den Geltungsbereich des Übereinkommens fällt;

Welcoming the work of the Intergovernmental Panel on Climate Change and in particular its Special Report on Carbon Dioxide Capture and Storage;

Accueillant favorablement le travail du groupe d'experts intergouvernementaux sur le changement climatique et, en particulier, son rapport spécial sur la capture et le stockage du dioxyde de carbone ;

erfreut über die Arbeit der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe für Klimaänderungen (IPCC) und insbesondere über deren Sonderbericht über die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid;

Emphasizing the need for the storage of carbon dioxide streams to be environmentally safe;

Insistant sur le besoin de stocker les flux de dioxyde de carbone en toute sécurité pour l'environnement;

unter Betonung der Notwendigkeit, dass die Speicherung von Kohlendioxidströmen auf eine für die Umwelt sichere Weise erfolgt;

Welcoming further the adoption of the amendment to include carbon dioxide streams from carbon dioxide capture processes for sequestration in sub-seabed geological formations in Annex I to the 1996 Protocol to the Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and Other Matter, 1972 (London Protocol);

Accueillant encore favorablement l'adoption de l'amendement visant à inclure les flux de dioxyde de carbone résultant des processus de capture du dioxyde de carbone en vue de leur séquestration dans des structures géologiques situées sous le niveau du fond marin en Annexe I du Protocole de 1996 de la Convention sur la prévention de la pollution des mers résultant de l'immersion de déchets ou d'autres substances, 1972 (Protocole de Londres) ;

ferner erfreut über die Annahme der Änderung im Hinblick auf die Einbeziehung von Kohlendioxidströmen aus Verfahren für die Abscheidung von Kohlendioxid zur Sequestrierung in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds in die Anlage 1 zum Protokoll von 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 (Londoner Protokoll);

Recognising the work of the Intersessional Technical Working Group on Carbon Dioxide Sequestration of the Scientific Group established under the London Convention and its Protocol and its conclusions, as set out in its report LC/SG-CO2 1/7;

Reconnaissant le travail du Groupe de travail technique intersessionnel sur la séquestration du dioxyde de carbone du Groupe scientifique créé dans le cadre de la Convention de Londres et de son Protocole et ses conclusions, tel qu'énoncé dans le document LC/SG-CO2 1/7;

in Anerkennung der Arbeit der Intersessionalen technischen Arbeitsgruppe zur Abscheidung und Sequestrierung von Kohlendioxid, die bei der im Rahmen des Londoner Übereinkommens und seines Protokolls geschaffenen Wissenschaftlichen Gruppe eingerichtet wurde, und der in deren Bericht LC/SG-CO2 1/7 dargelegten Schlussfolgerungen;

Recognising also the work of the Offshore Industry Committee, the Biodiversity Committee and the Intersessional Correspondence Group on the placement of carbon dioxide in sub-seabed geological formations;

Reconnaissant également le travail du Comité industrie de l'offshore, du Comité biodiversité et du Groupe intersessionnel par correspondance sur le dépôt du dioxyde de carbone dans des structures géologiques situées sous le niveau du fond marin ;

ebenfalls in Anerkennung der Arbeit des Offshore-Industrie-Ausschusses, des Ausschusses zur Biologischen Vielfalt und der Intersessionalen Korrespondenzgruppe bezüglich des Absetzens von Kohlendioxid in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds;

Desiring to regulate under this Convention the storage of captured carbon dioxide streams in sub-soil geological formations to ensure protection of the maritime area;

Souhaitant réglementer dans le cadre de cette Convention le stockage des flux de dioxyde de carbone capturés dans les structures géologiques situées dans le sous-sol pour garantir la protection de la zone maritime ;

in dem Wunsch, im Rahmen dieses Übereinkommens die Speicherung abgeschiedener Kohlendioxidströme in geologischen Formationen des Untergrunds zu regeln, um den Schutz des Meeresgebiets sicherzustellen;

Recalling Article 15 and Article 17 of the Convention relating to the amendment of annexes to the Convention;

Rappelant l'Article 15 et l'Article 17 relatifs à l'amendement des annexes à la Convention ;

eingedenk der Artikel 15 und 17 des Übereinkommens, die sich auf die Änderung der Anlagen des Übereinkommens beziehen;

Confirming that these amendments are restricted to the storage of carbon dioxide streams in geological formations;

Confirmant que ces amendements se limitent exclusivement au stockage des flux de dioxyde de carbone dans des structures géologiques ;

in Bestätigung dessen, dass diese Änderungen auf die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen beschränkt sind;

Stressing that such amendments may not be interpreted as legitimising the disposal of any other waste or other matter for the purpose of their mere disposal;

Recognising that a regulatory framework and guidance on the storage of carbon dioxide streams in geological formations will contribute to the short-term and long-term protection of the maritime area. Recognizing the need for rules to be developed to establish clear rights and responsibilities relating to access to the property and that clarify the responsibilities during pre- and post-closure. The guidance will be integral to the subsequent pursuit of activities relating to the storage of carbon dioxide streams in geological formations;

The Contracting Parties to the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic adopt the following amendments of the Annexes II and III to the Convention:

In Annex II Article 3 paragraph 2 a new sub-paragraph "f" is added as follows:

f. carbon dioxide streams from carbon dioxide capture processes for storage, provided:

i. disposal is into a sub-soil geological formation;

ii. the streams consist overwhelmingly of carbon dioxide. They may contain incidental associated substances derived from the source material and the capture, transport and storage processes used;

iii. no wastes or other matter are added for the purpose of disposing of those wastes or other matter;

iv. they are intended to be retained in these formations permanently and will not lead to significant adverse consequences for the marine environment, human health and other legitimate uses of the maritime area.

Insistant que de tels amendements ne doivent pas être interprétés comme légitimant l'élimination d'autres déchets ou d'autres substances dans le but de leur simple élimination ;

Reconnaissant qu'un cadre réglementaire et des orientations sur le stockage des flux de dioxyde de carbone dans des structures géologiques vont contribuer à la protection à court et long terme de la zone maritime. Reconnaissant qu'il est nécessaire de mettre au point une réglementation afin de déterminer clairement les droits et les responsabilités liés à l'accès à la propriété qui définissent les responsabilités durant les périodes avant et après la fermeture. Ces orientations feront partie intégrante de la poursuite des activités ayant trait au stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques ;

Les Parties contractantes à la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est adoptent les amendements suivants des Annexes II et III à la Convention :

En Annexe II, Article 3, paragraphe 2 un nouvel alinéa « f » est ajouté comme suit :

f. les flux de dioxyde de carbone résultant des processus de capture du dioxyde de carbone en vue de son stockage, dans la mesure où

i. les rejets se font dans une structure géologique située dans le sous-sol ;

ii. les flux sont principalement constitués de dioxyde de carbone. Ils sont susceptibles de contenir des substances associées accidentelles, dérivées du matériau d'origine et des processus de capture, de transport et de stockage utilisés ;

iii. aucun autre déchet ni aucune autre substance ne sont ajoutés en vue de rejeter ces déchets ou ces autres substances ;

iv. ils sont destinés à être confinés de manière permanente dans ces structures et n'entraîneront pas d'effets contraires pour le milieu marin, la santé de l'homme et les autres utilisations légitimes de la zone maritime.

unter Hinweis darauf, dass diese Änderungen nicht als Legitimierung der Beseitigung von anderen Abfällen oder sonstigen Stoffen zum Zweck ihrer bloßen Beseitigung auszulegen sind;

in der Erkenntnis, dass ein Regelwerk und eine Anleitung zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen dazu beitragen werden, das Meeresgebiet kurz- und langfristig zu schützen. In der Erkenntnis, dass Regeln entwickelt werden müssen, um klare Rechte und Verantwortlichkeiten hinsichtlich des Zugangs zum Eigentum und zur Klärung der Verantwortlichkeiten in der Zeit vor und nach der Betriebsstilllegung festzulegen. Die Anleitung wird wesentlich für die spätere Ausübung von Tätigkeiten zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen sein –

nehmen die Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks folgende Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens an:

In Anlage II Artikel 3 Absatz 2 wird folgender neuer Buchstabe f angefügt:

f. Kohlendioxidströme aus Verfahren für die Abscheidung von Kohlendioxid zur Speicherung, vorausgesetzt,

i. die Beseitigung erfolgt in einer geologischen Formation des Untergrunds;

ii. die Ströme bestehen zum weitaus überwiegenden Teil aus Kohlendioxid. Sie dürfen zwangsläufige Beimengungen von Stoffen enthalten, die aus dem Ausgangsmaterial sowie aus den für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung angewandten Verfahren stammen;

iii. es werden keine Abfälle oder sonstigen Stoffe hinzugefügt, um diese zu beseitigen;

iv. sie sind dazu bestimmt, dauerhaft in diesen Formationen zu verbleiben, und werden nicht zu signifikant nachteiligen Auswirkungen auf die Meeresumwelt, die menschliche Gesundheit und sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeresgebiets führen.

In Annex III Article 3 new paragraphs 3 and 4 are added as follows:

En Annexe III, Article 3, de nouveaux paragraphes 3 et 4 sont ajoutés :

In Anlage III Artikel 3 werden folgende neue Absätze 3 und 4 angefügt:

3. *The prohibition referred to in paragraph 1 of this Article does not apply to carbon dioxide streams from carbon dioxide capture processes for storage, provided*

3. *L'interdiction à laquelle il est fait référence au paragraphe 1 du présent Article ne s'applique pas aux flux de dioxyde de carbone résultant des processus de capture du dioxyde de carbone en vue de son stockage, dans la mesure où*

(3) *Das in Absatz 1 genannte Verbot gilt nicht für Kohlendioxidströme aus Verfahren für die Abscheidung von Kohlendioxid zur Speicherung, vorausgesetzt,*

a. *disposal is into a sub-soil geological formation;*

a. *les rejets se font dans une structure géologique située dans le sous-sol ;*

a. *die Beseitigung erfolgt in einer geologischen Formation des Untergrunds;*

b. *the streams consist overwhelmingly of carbon dioxide. They may contain incidental associated substances derived from the source material and the capture, transport and storage processes used;*

b. *les flux sont principalement constitués de dioxyde de carbone. Ils sont susceptibles de contenir des substances associées accidentelles, dérivées du matériau d'origine et des processus de capture, de transport et de stockage utilisés ;*

b. *die Ströme bestehen zum weitaus überwiegenden Teil aus Kohlendioxid. Sie dürfen zwangsläufige Beimengungen von Stoffen enthalten, die aus dem Ausgangsmaterial sowie aus den für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung angewandten Verfahren stammen;*

c. *no wastes or other matter are added for the purpose of disposing of those wastes or other matter;*

c. *aucun autre déchet ni aucune autre substance ne sont ajoutés en vue de rejeter ces déchets ou ces autres substances ;*

c. *es werden keine Abfälle oder sonstigen Stoffe hinzugefügt, um diese zu beseitigen;*

d. *they are intended to be retained in these formations permanently and will not lead to significant adverse consequences for the marine environment, human health and other legitimate uses of the maritime area.*

d. *ils sont destinés à être confinés de manière permanente dans ces structures et n'entraîneront pas d'effets contraires pour le milieu marin, la santé de l'homme et les autres utilisations légitimes de la zone maritime.*

d. *sie sind dazu bestimmt, dauerhaft in diesen Formationen zu verbleiben, und werden nicht zu signifikant nachteiligen Auswirkungen auf die Meeresumwelt, die menschliche Gesundheit und sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeresgebiets führen.*

4. *The Contracting Parties shall ensure that no streams referred to in paragraph 3 shall be disposed of in sub-soil geological formations without authorisation or regulation by their competent authorities. Such authorisation or regulation shall, in particular, implement the relevant applicable decisions, recommendations and all other agreements adopted under the Convention.*

4. *Les Parties contractantes s'assureront qu'aucun flux, auxquels il est fait référence au paragraphe 3, ne sera éliminé dans des structures géologiques situées dans le sous-sol sans autorisation ou réglementation de la part des autorités compétentes. Ces autorisations ou réglementations mettront notamment en œuvre les décisions, recommandations et autres accords pertinents et applicables, qui auront été adoptés en vertu de la Convention.*

(4) *Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die in Absatz 3 genannten Ströme nicht ohne Genehmigung oder Regelung durch ihre zuständigen Behörden in geologischen Formationen des Untergrunds beseitigt werden. Diese Genehmigungen oder Regelungen erfolgen insbesondere in Durchführung der einschlägigen anzuwendenden Beschlüsse, Empfehlungen und sonstigen Übereinkünfte, die aufgrund des Übereinkommens angenommen wurden.*

Begründung

A. Allgemeiner Teil

1. Ziel der Änderungen der Anlage 1 zum Londoner Protokoll bzw. der Anlagen II und III zum OSPAR-Übereinkommen

Seit Beginn des industriellen Zeitalters hat der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) immer weiter zugenommen, was zu einer entsprechenden kontinuierlichen Erhöhung des Kohlendioxidanteils in der Atmosphäre geführt hat. Da Kohlendioxid zu den so genannten Treibhausgasen gehört, führt es einerseits zur fortschreitenden Erderwärmung und in der Konsequenz auch zur Erwärmung der Meere und zum Meeresspiegelanstieg. Kohlendioxid wird andererseits über Austauschvorgänge an der Meeresoberfläche ins Meer eingetragen, was zur allmählichen Versauerung der Meere führt. Die Erwärmung und Versauerung der Meere sowie ein deutlicher Anstieg des Meeresspiegels sind heute bereits messbar. Diese Veränderungen können nur durch drastische Verringerungen der anthropogenen Treibhausgasemissionen begrenzt werden.

Ziel der Politik ist es daher, den Ausstoß von Kohlendioxid zu begrenzen. Allein durch die Verringerung des Verbrauchs fossilen Kohlenstoffs kann die zur Begrenzung der Klimaänderungen erforderliche globale Eingrenzung der Kohlendioxidkonzentrationen jedoch nicht schnell genug erreicht werden, so dass es für eine Übergangszeit auch flankierender Maßnahmen bedarf. Solche Maßnahmen können unter anderem in der Abscheidung von Kohlendioxid aus industriellen Prozessen und der dauerhaften (über Jahrtausende währenden) Speicherung von Kohlendioxid in geeigneten geologischen Formationen bestehen. Solche geologischen Schichten können unter anderem in ausgeförderten Öl- und Gaslagerstätten oder salinen Aquiferen des Meeresuntergrunds vorhanden sein. Die geeigneten geologischen Schichten des Meeresuntergrunds dürfen nach gegenwärtiger Völkerrechtslage aber nicht genutzt werden, da sowohl das weltweit gültige Londoner Protokoll als auch das im Bereich des Nordostatlantiks geltende OSPAR-Übereinkommen das Einbringen von Abfällen ins Meer und den Meeresuntergrund grundsätzlich verbieten und nur eng umrissene Ausnahmen zulassen, zu denen CO₂-Ströme aus industriellen Prozessen bislang nicht gehören.

Mit den Änderungen der Anlage 1 zum Londoner Protokoll bzw. der Anlagen II und III zum OSPAR-Übereinkommen soll den Vertragsparteien diese Ausnahmemöglichkeit jeweils eröffnet und ein Beitrag zum Schutz des Klimas und der Meere vor weiterer Erwärmung sowie zum Schutz der Meere vor Versauerung ermöglicht werden.

2. Instrumentarium

Die Vertragsparteien des Londoner Protokolls wie auch des OSPAR-Übereinkommens haben Leitlinien¹ entwickelt, durch deren Anwendung die dauerhafte Speicherung von CO₂-Strömen aus industriellen Prozessen in geeigneten geologischen Formationen des Meeresuntergrunds gewährleistet werden soll. Die OSPAR-Kommission hat zudem zwei rechtlich bindende Beschlüsse² gefasst, mit denen einerseits die Einbringung von Kohlendioxidströmen in die Wassersäule verboten und andererseits das Vorgehen bei der Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologische Formationen des Meeresuntergrunds geregelt wird.

Die Leitlinien werden im Lichte wissenschaftlichen Fortschritts und praktischer Erfahrung kontinuierlich weiterentwickelt.

¹ Londoner Protokoll: Specific Guidelines for the Assessment of Carbon Dioxide Streams for Disposal into Sub-seabed Geological Formations
OSPAR-Übereinkommen: OSPAR Guidelines for Risk Assessment and Management of Storage of CO₂ Streams in Geological Formations (Reference Number: Agreement 2007-12)

² „OSPAR-Beschluss 2007/1 zum Verbot der Speicherung von Kohlendioxidströmen in der Wassersäule oder am Meeresgrund“ und „OSPAR-Beschluss 2007/2 zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen“, die derzeit in einem parallelen Vorgang mit der 4. OSPAR-Verordnung in Kraft gesetzt werden.

3. Kosten und Preiswirkung

Durch die Verordnung selber entstehen keine Kosten. Nennenswerte Kosten entstehen grundsätzlich erst, wenn die Wirtschaft von den neu geschaffenen Ausnahmeregelungen Gebrauch macht und dann z. B. einschlägige Vorschriften der 4. OSPAR-Verordnung zur Anwendung kommen.

Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufgaben

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung der Verordnung nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Vollzugsaufwand

Vollzugsaufwand entsteht erst bei Nutzung der Ausnahmeregelungen durch die Wirtschaft. Näheres regeln die 4. OSPAR-Verordnung, die sich im parallelen Verordnungsverfahren befindet sowie ggf. das Bundesberggesetz und die einschlägigen darauf bezogenen Verordnungen sowie die noch zu erlassenden nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der so genannten CCS-Richtlinie (Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (Abl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114), die bis zum 25. Juni 2011 in nationales Recht überführt werden muss.

Sonstige Kosten

Der Wirtschaft, insbesondere mittelständischen Unternehmen, entstehen durch diese Verordnung keine unmittelbaren Kosten. Da die Verordnung lediglich die Möglichkeit zur dauerhaften Speicherung von CO₂ in geologischen Schichten des Meeresuntergrunds eröffnet, werden damit verbundene (Investitions-)Kosten erst dann entstehen, wenn sich das Verfahren als eine wirtschaftliche Klimaschutzoption für die Wirtschaft darstellt.

Durch die Verordnung entstehen keine unmittelbaren Auswirkungen auf Einzelpreise von Waren und Dienstleistungen in Industrie- und Energiesektoren mit intensiven Kohlendioxidemissionen. Gegebenenfalls werden Preissteigerungen, die sich aus den generellen Klimaschutzauflagen ergeben können, durch die Eröffnung einer wirtschaftlichen Klimaschutzoption und einem im Ergebnis kosteneffizienten Klimaschutz abgemildert. Unmittelbare Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau treten nicht ein.

Bürokratiekosten

Informationspflichten in Form von Berichtspflichten mit daraus entstehenden Bürokratiekosten ergeben sich aus Artikel 9 des Londoner Protokolls bzw. aus Artikel 22 des OSPAR-Übereinkommens. In nennenswertem Umfang entstehen sie jedoch erst, wenn die neu geschaffenen Ausnahmeregelungen in Anspruch genommen werden.

Durch den Erlass der Verordnung werden Informationspflichten und damit Bürokratiekosten für

- a) Unternehmen weder unmittelbar eingeführt, noch vereinfacht oder abgeschafft. Sie entstehen jedoch, wenn Unternehmen die Ausnahmeregelungen in Anspruch nehmen. Dabei sind dann die einschlägigen Berichtspflichten der 4. OSPAR-Verordnung maßgeblich sowie ggf. Berichtspflichten gemäß Bundesberggesetz und der einschlägigen darauf bezogenen Verordnungen und ggf. Berichtspflichten gemäß noch zu erlassender nationaler Rechtsvorschriften zur Umsetzung der so genannten CCS-Richtlinie.
- b) Bürgerinnen und Bürger weder eingeführt noch vereinfacht oder abgeschafft,
- c) die Verwaltung erweitert (bestehende Berichtspflicht über das Einbringen von Abfällen). Solange die geschaffenen Ausnahmeregelungen nicht in Anspruch genommen werden, ist nur dies zu berichten. Bei Inanspruchnahme der Ausnahmeregelungen sind die einschlägigen Berichtspflichten gemäß 4. OSPAR-Verordnung zu erfüllen, die sich in einem parallelen Verordnungsverfahren befindet.

4. Gender-Mainstreaming

Die gleichstellungspolitischen Auswirkungen gemäß § 2 BGleG und § 2 GGO wurden anhand der Arbeitshilfe der interministeriellen Arbeitsgruppe Gender-Mainstreaming „Gender-Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften“ geprüft. Die Verordnung hat keine Gleichstellungsrelevanz, da lediglich Ausnahmen zu auf Abfall bezogene Bestimmungen der beiden Übereinkommen definiert werden, die keinen Personenbezug haben. Insofern sind Frauen und Männer (Personen) auch nicht mittelbar bzw. unterschiedlich betroffen. Die Maßnahme hat gleichstellungspolitisch weder positive noch negative Auswirkungen. Die Regelungen sind entsprechend § 1 Absatz 2 Satz 1 BGleG geschlechtergerecht formuliert.

5. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung

Die Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung wurden anhand der Managementregeln und Indikatoren der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie geprüft. Die Nutzung der Ausnahmeregelungen kann einen Beitrag zur Generationengerechtigkeit leisten. Mit der dauerhaften Speicherung von atmosphärischen CO₂ im Meeresuntergrund würde einerseits ein Beitrag zum Klimaschutz (Reduzierung des Treibhausgases CO₂) und andererseits ein Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt (Beitrag zur Vermeidung der weiteren Versauerung des Meeres, die sich insbesondere auf kalkbildende Organismen auswirkt, sowie zur Vermeidung der weiteren Erwärmung der Meere mit entsprechenden Auswirkungen auf die Artenvielfalt) geleistet. Jedoch ist zu beachten, dass die CO₂-Abscheidung und -Speicherung eines zusätzlichen Energieaufwands bedarf.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1

Die am 2. November 2006 von den Vertragsparteien des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresumweltverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972¹ (BGBl. 1998 II S. 1345) angenommene EntschlieÙung LP.1(1) – Änderung der Anlage 1 des Londoner Protokolls zur Berücksichtigung der CO₂-Sequestrierung in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds – ist gemäß Artikel 22 Absatz 2 mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit der auf der Sitzung anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien zustande gekommen.

Gemäß Artikel 22 Absatz 4 ist die Änderung der Anlage 1 des Protokolls 100 Tage nach ihrer Annahme, das heißt am 10. Februar 2007, in Kraft getreten.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 2 des Gesetzes zu dem Protokoll vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresumweltverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 erforderlich.

Einer Annahme der Änderungen durch die Europäische Gemeinschaft (vgl. nächster Abschnitt) bedarf es nicht, da sie keine Vertragspartei des Londoner Protokolls ist.

Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2

Die von den Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks² (OSPAR-Übereinkommen; BGBl. 1994 II S. 1355, 1360 und BGBl. 2001 II S. 646) beschlossenen Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens hinsichtlich der Speicherung

¹ Anwendungsbereich: Alle Meeresgewässer (weltweit), deren Meeresboden und sein Untergrund, mit Ausnahme der inneren Gewässer von Staaten (vgl. Artikel 1 Absatz 7 des Londoner Protokoll).

² Anwendungsbereich: Nordostatlantik einschließlich der inneren Gewässer, des Bodens und des Untergrundes dieser Gewässer (vgl. Artikel 1 Buchstabe a des OSPAR-Übereinkommens).

von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen wurden am 29. Juni 2007 einstimmig von allen 16 Vertragsparteien des Übereinkommens angenommen.

Um in Kraft treten zu können, bedürfen die Änderungen der genannten Anlagen der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung (Artikel 17 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 15 Absatz 4) durch Dreiviertel der durch diese Anlagen gebundenen Parteien. In ihrer derzeitigen Fassung binden die Anlage II und III alle Vertragsparteien des Übereinkommens.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 2 des Gesetzes zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks (BGBl. 1994 II S. 1355) erforderlich.

Die Europäische Gemeinschaft hat die Änderungen mit Beschluss des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz; A-Punkt) vom 30. November 2009 über die Genehmigung im Namen der Europäischen Gemeinschaft der Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen) in Bezug auf die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen angenommen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Die Änderung der Anlage 1 zum Londoner Protokoll ist international bereits in Kraft getreten, so dass sie für die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar mit Erlass der Verordnung in Kraft tritt. Die Änderungen der Anlagen II und III des OSPAR-Übereinkommens treten in Kraft, sobald Dreiviertel der Vertragsparteien ihr Ratifizierungsinstrument hinterlegt haben.